

<b>ZU DIESEM HEFT</b>	283		
<b>SCHWERPUNKT</b>			
<i>Christine Morgenstern</i> Wie aus Gastarbeitern erst Ausländer und dann Zuwanderer wurden Geschichte einer ungewollten Einwanderung	284		
<i>Anne Broden</i> „Deutschland war schön, bevor die Ausländer kamen“ Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft	295		
<i>Hayrettin Aydin</i> Die Muslimische Akademie in Deutschland Selbstverständnis, Zielsetzungen und Tätigkeitsfelder	302		
<i>Axel Ghane Basiri</i> Politische Bildung und Jugendmigrationsdienste	308		
<i>Reiner Hartel</i> Von Bagdad nach Stambul Migration und Integration in der öffentlichen Diskussion und in der politischen Bildung	314		
<i>Britta Duckwitz</i> Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit mit politischer Bildung begleiten Ein Praxisbericht	321		
<i>Thomas Gill</i> „Das Einwanderungsland Deutschland gemeinsam gestalten“ Ein Projekt der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein	326		
		<i>Heinz-Wilhelm Schnieders</i> Integration von Migrantinnen und Migranten: Ein Auftrag für Bildungsstätten	333
		<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
		<i>Barbara Hopmann</i> Werte und Glauben in einer älter werdenden Gesellschaft Ein Werkseminar	338
		<b>METHODEN UND ARBEITSFORMEN</b>	
		<i>Gertrud Gandenberger</i> Schicksalsübung	343
		<b>INFORMATIONEN</b>	
		Meldungen	346
		Aus dem AdB	364
		Personalien	376
		Bücher	378
		Markt	389
		<b>IMPRESSUM</b>	394

Thema des nächsten Heftes:  
Gesundheit: individuelle Angelegenheit oder gesellschaftliche Aufgabe?



Lange ignorierte die Politik, dass Deutschland zum Einwanderungsland geworden war. Der darin liegenden Herausforderung stellte man sich konsequenter erst, als die Probleme sich häuften, als vor allem in den großen Städten Konflikte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu gewalttätigen Ausschreitungen führten und

Statistiken belegten, was alle wussten, die eine unmittelbare Anschauung von der Sachlage hatten: Zu große Teile der eingewanderten Menschen und ihrer Nachkommen waren nie in dieser Gesellschaft angekommen, waren oder fühlten sich ausgegrenzt und sahen für sich keine Zukunftsperspektive. Weiterführende Bildungsgänge, Lehrstellen, gute Arbeitsplätze und andere Bereiche, in denen es um die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe geht, waren und sind für sie kaum zugänglich. Dieses Los teilen sie allerdings mit einem immer größer werdenden Teil der alteingesessenen deutschen Bevölkerung, dessen soziale Lage mit der ihren vergleichbar ist.

Die Diskussion über das Zusammenleben von Einwanderern und hier seit vielen Generationen lebenden Deutschen hat ein neues Stadium erreicht; der Multikulti-Ansatz, der ein gleichberechtigtes Nebeneinander ethnischer und kultureller Gruppen anstrebte, gilt inzwischen als naiv und dem Konfliktpotenzial nicht angemessen, das in den kulturellen und religiösen, vor allem auch den sozialen Unterschieden zwischen den Bevölkerungsgruppen in Deutschland liegt. Scharfe Kritik daran wird auch von Eingewanderten selbst geübt. Im

Vordergrund steht heute die Frage, was eine durch Vielfalt geprägte Gesellschaft zusammenhält und ihr gemeinsames Fundament ist.

Gleichzeitig werden die Anstrengungen zur Integration der Zugewanderten verstärkt, ein Nationaler Integrationsplan wurde gemeinsam mit ihren Organisationen erarbeitet. Er stellt die Integrationsinitiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürgergesellschaft erstmals auf eine gemeinsame Grundlage. Bildung wird in diesem Plan als der entscheidende Schlüssel zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration bezeichnet. Auch zivilgesellschaftliches Engagement gilt als wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration, weil es die Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft fördert.

Dieses Heft greift die aktuelle Diskussion über Integration auf. Es erinnert an die Geschichte der Migration, benennt die Prämissen für politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft und veranschaulicht an Beispielen, wie in konkreten Zusammenhängen politische Bildung Integration gefördert und Partizipation gelernt werden kann. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund werden gleichermaßen einbezogen. „Integration kann nur miteinander gelingen“, so Bundeskanzlerin Merkel in ihrem Vorwort zum Nationalen Integrationsplan. Dieser Erkenntnis folgt auch die hier präsentierte Praxis politischer Bildung, die keine Angleichung einer Gruppe an eine bestehende andere anstrebt, sondern einen gegenseitigen Lernprozess, in dem alle Beteiligten sich verändern und einander anzunähern versuchen.

*Ingeborg Pistohl*

## Von Bagdad nach Stambul

Migration und Integration in der öffentlichen Diskussion und in der politischen Bildung

Reiner Hartel

In der aktuellen bildungspolitischen Debatte haben die Themen Migration und Integration Konjunktur. Doch sie werden häufig in einen allzu engen begrifflichen Zusammenhang gestellt, während die dabei zu beachtenden, u. a. durch Aufenthaltsstatus, Bildungshintergrund und soziale Benachteiligungen bedingten Differenzen unterbelichtet bleiben. In diesem Beitrag werden Beispiele aus der politischen Jugendbildungspraxis vorgestellt, in denen es darum geht, gesellschaftliche Integration als gemeinsames Problem von Migranten und Nichtmigrantinnen zu begreifen, zugleich aber auf migrationsspezifische Phänomene einzugehen, die dem besonderem Blick auf die deutsche Geschichte geschuldet sind.

Der Themenkomplex Migration ist in den vergangenen Jahren zunehmend in den Mittelpunkt bildungspolitischer Diskussionen gerückt. Hintergrund ist zum einen die Faktizität der Einwanderung von inzwischen 15,3 Mio. in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (2005), die trotz gelegentlich noch entflammender Scharmützel am politischen Stammtisch

**Bildung ist eine zentrale Instanz gesellschaftlicher Integration, mit der die Eingliederung von Eingewanderten in das demokratische System der Bundesrepublik befördert werden soll**

nicht mehr ignoriert werden kann.<sup>1</sup> Zum anderen speist sich die öffentliche Aufmerksamkeit aus der politischen Absicht, mit Hilfe von Bildung als einer der zentralen Instanzen gesellschaftlicher Integration die Eingliederung von Eingewanderten in das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland zu befördern. In gewisser Weise, so ließe sich ergänzen, bilden die Förderprogramme im Bildungsbereich das integrative Pendant zu einem vor dem Hintergrund des 11. September neu eröffneten Diskurses zur inneren Sicherheit mit eher desintegrativen Erscheinungsformen, wie sie etwa im rigiden Umgang der Ausländerbehörden

1 Von diesen waren bis zum Jahr 2005 acht Mio. eingebürgert – gut die Hälfte davon als Aussiedler. Unter den verbleibenden 7,3 Mio. Ausländer/-innen befinden sich 2,2 Mio. EU-Bürger, 2 Mio. verfügen über eine unbefristete und 1,5 Mio. über eine befristete Aufenthaltserlaubnis, ohne der EU anzugehören. Unter den verbleibenden 1,6 Mio. sind u. a. etwa 180.000 Menschen, die als Flüchtlinge eingereist sind, z. T. schon viele Jahre in Deutschland leben, aber bislang nur einen Duldungsstatus haben (Quelle: Statistischer Jahresbericht 2006).

mit Bürgern ohne gesicherten Aufenthaltstitel zum Ausdruck kommen. Integriert werden sollen also keineswegs alle hier lebenden Eingewanderten.<sup>2</sup>

Allein anhand der bloßen Aufzählung der differierenden Rechtstitel für Einwanderer wird bereits eine Hierarchie der daran geknüpften Problemkonstellationen deutlich: deutsche Staatsangehörigkeit nach erfolgter Einbürgerung, EU-Staatsbürgerschaft, (un-)befristete Aufenthaltserlaubnis oder befristeter Aufenthalt nach der Genfer Konvention bzw. Duldung bis hin zur Illegalität. Migrant ist also keineswegs gleich Migrant.

Die durch den rechtlichen Status bedingten Differenzen vergrößern sich, wenn weitere Parameter herangezogen werden wie die ökonomische Situation, der Bildungshintergrund, die Sprachfertigkeit, die kulturelle Prägung sowie die soziale Eingebundenheit. Diese sind allesamt für eine gelingende Integration von weitaus größerer Bedeutung als die bloße Tatsache der Migration. Mit anderen Worten: Für einen deutschen Jugendlichen aus einem bildungsfernen Milieu, der in prekären Verhältnissen lebt, mag sich die ökonomische, politische und sozio-kulturelle Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft sehr viel schwieriger gestalten als für eine gerade erst aus einem EU-Land eingewanderte, mehrsprachig aufgewachsene Gymnasiastin aus bürgerlichem Hause, obgleich letztere einen Migrationshintergrund hat, ersterer aber nicht. Jenseits einer rechtlichen Gleichstellung (Aufenthalt, Wahlrecht, politisches Engagement) muss es also stets auch um die gesellschaftliche Integration gehen, d. h. den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt, um die Chancen auf kulturelle Selbstbestimmung und die Herausbildung einer individuellen Lebensperspektive.

2 Betrachtet man das im Sommer 2007 auch vom Bundesrat bestätigte „Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“ im Hinblick auf eine Bleiberegulierung für die Gruppe der bislang geduldeten Einwanderer, so bestätigt sich die Skepsis. Zwar wird diesen nach mindestens achtjährigem ununterbrochenen Aufenthalt in Deutschland erstmals die Erteilung einer zunächst auf zwei Jahre befristeten Aufenthaltsgenehmigung in Aussicht gestellt, doch ist diese daran geknüpft, bis zum 31. Dezember 2009 deutsche Sprachkenntnisse und einen Arbeitsplatz nachweisen zu können, der ihnen und ihrer Familie die Existenzsicherung erlaubt. Sollte ihnen dies nicht gelingen, so sollen sie aus Deutschland abgeschoben werden. Eine Legalisierungslösung für die Gruppe der Illegalen – ähnlich etwa wie in Spanien oder in Frankreich – wird hingegen nicht erwogen.

Integration ist im Gegensatz zu Assimilation keine Angleichung einer Gruppe an eine bestehende andere, sondern beinhaltet ausdrücklich, dass sich beide verändern, einander annähern, im Ergebnis die „Wiederherstellung eines Ganzen“ (vgl. Der Große Duden, Fremdwörterbuch 1974). Im soziologischen Sinne geht es dabei um die Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer neuen gesellschaftlichen Einheit – Integration ist somit eben kein einseitiger Prozess. Was der Begriff Integration tatsächlich bedeutet und wie wichtig gelingende Integration für die Lebenschancen gerade Jugendlicher und junger Erwachsener ist, scheinen indes die wenigsten von denen zu wissen, die sich heftig über Leitkultur, Kopftuch und Parallelgesellschaft streiten.

Aufgabe der politischen Bildung ist es nun, innerhalb dieses Spannungsbogens die beschriebenen Widersprüche in der tagespolitischen Debatte aufzuzeigen, zugleich aber auch darauf hinzuwirken,

- (a) die gesellschaftliche Integration aller, d. h. der eingewanderten wie auch der in Deutschland geborenen, Menschen zu fördern, indem ihnen Wege zur Demokratie eröffnet werden, die sie zur öffentlichen Artikulation ihrer politischen Interessen und zur Partizipation an den – ansonsten lediglich über sie – geführten Diskussionen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft befähigen (Empowerment);
- (b) die vielfältigen Spaltungen zwischen Deutschen und Eingewanderten mit mehr oder weniger gesichertem Aufenthaltsstatus zu überwinden, zur wechselseitigen Toleranz zu erziehen und aufzuzeigen, dass die materielle Schlechterstellung von ausländischen Mitbürgern und ihr Ausschluss von gesellschaftlichen Ressourcen und demokratischer Willensbildung



© basa e. V.

Integration bedeutet die Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer neuen gesellschaftlichen Einheit

keineswegs die eigenen Wohlstandschancen verbessert;<sup>3</sup>

- (c) den Blick auf die in der Einwanderung liegenden Potenziale zu lenken, die zur kulturellen Horizonsweiterung beitragen und ein voneinander Lernen ermöglichen<sup>4</sup>.

3 Mitunter ergeben sich durch solidarisches Handeln sogar unverhofft Win-Win-Situationen, von denen beide Gruppen profitieren. Als ein besonders frühes Beispiel hierfür gilt in der sozialen Bewegungsforschung der Häuserkampf im Frankfurter Westend Anfang der siebziger Jahre, als ein politisches Bündnis aus Bürgerinitiativen (AG Westend), Studenten (Häuserrat) und Migrant/-innen gemeinsam den Abriss zahlreicher Altbau-Villen verhinderte und damit sowohl billigen Wohnraum als auch die noch heute hochgeschätzte Wohnsubstanz in diesem Frankfurter Stadtteil sicherte (Ernst Stracke, Stadtzerstörung und Stadteilkampf in Frankfurt am Main. Köln 1980, 84ff.).

4 Diese brachten den Deutschen im übrigen nicht nur die kulinarische Bekanntschaft mit Döner, Pizza und Borschtsch, sondern kreierten auch bislang unbekannte kommunikative Formen („Ey Alder, was brauchstu....?“), machten nicht-christliche Religionen sowie neue Urlaubsregionen bekannt und hauchten den DFB-Mannschaften neues Leben ein (Klose, Podolski, Kuranyi, Gomez). Sie trugen insofern sogar zur Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Fußballs bei.

## Migrant/-innen als Subjekt und Objekt politischer Jugendbildung

In der politischen Jugendbildung stellen sich auf einer prinzipiellen Ebene zunächst einmal keine großen Unterschiede zwischen der Arbeit mit Migranten und der mit Nicht-Migrantinnen dar. Beide Gruppen müssen, soll das Seminar für alle Beteiligten produktiv sein, erst „gewonnen“ werden: über die angebotenen Themen, die eingesetzten Medien, den Bezug zu ihrer eigenen Lebenssituation, durch die angebotenen Freiräume in der Arbeit, den niemals zu unterschätzenden „Spaßfaktor“ u. a.

**Die der politischen Bildung zugewiesene Aufgabe der Integration beschränkt sich keineswegs nur auf die Gruppe der Eingewanderten**

Auch hier spielen Unterschiede in der sozialen Herkunft und im Bildungshintergrund, in der sprachlichen Fertigkeit, der kulturellen Prägung und der Eingebundenheit in Schule, Ausbildung oder Beruf sowie

im Geschlecht und im rechtlichen Status eine ebenso wichtige Rolle wie der Migrationshintergrund. Ohnehin beschränkt sich die der politischen Bildung zugewiesene Aufgabe der Integration keineswegs nur auf die Gruppe der Eingewanderten. Auch Deutsche von Geburt an müssen in die demokratische Gesellschaft erst integriert werden – wie sich in manchen ländlichen Gebieten nicht nur im Osten Deutschlands zeigt...

Dies heißt nicht, dass in der Arbeit mit dieser Zielgruppe keine Besonderheiten zu beachten wären. So gibt es inhaltliche Schwerpunkte, die – je nach rechtlichem Status und Dauer ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik – manchen Migranten allein deshalb schon unter den Nägeln brennen, weil sie direkt an deren Lebenskontext ansetzen. Wir haben hierzu die Seminarreihe „Fremd sein in Deutschland“ entwickelt, die den Komplex Duldung, Abschiebung, Aufenthaltsstatus behandelt (1). Bei dem Projekt „Mixstory – Fremde unter Fremden“ geht es um den Austausch von kulturellen Erfahrungen aus unterschiedlichen Einwandererbiographien, die Auseinandersetzung mit Ressentiments und Vorurteilen und die Verständigung über die politischen und materiellen Rahmenbedingungen für Integration (2). Schließlich weisen die beiden Seminarkonzepte „Generation Wiedervereinigung“ sowie „Stätten deutscher Geschichte“ einen für Eingewanderte u. U. nicht geläufigen und genuin deutschen Fokus auf Geschichte auf, indem die Themen Nationalsozialismus, Holocaust sowie die deutsche Teilung bearbeitet werden (3).



Seminarkonzept „Generation Wiedervereinigung“ richtet den Fokus auf die deutsche Geschichte

Allen Seminartypen gemeinsam ist, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dort nicht allein als Adressatengruppe politischer Bildung begriffen werden. Anvisiert ist vielmehr, sie direkt in die Seminararbeit einzubinden und zur Partizipation sowie zu politischem Engagement zu befähigen. Zugangsweisen, Ziele und Erfahrungen zu den drei genannten Konzepten aus der eigenen politischen Bildungspraxis, bei denen Migranten und Nicht-Migrantinnen gleichsam als Subjekt und als Objekt der politischen Bildungsarbeit erscheinen, sollen hier näher ausgeführt werden.

### Seminarreihe „Fremd sein in Deutschland“ (1)

Die *Bildungsstätte Alte Schule Anspach* kooperiert seit vielen Jahren mit dem ebenfalls im Verein *basa e. V.* angesiedelten berufsvorbereitenden Projekt „Sprungbrett“, um auch die von politischer Bildung nur selten erreichte Gruppe der bildungsfernen und sozial benachteiligten Jugendlichen, die meisten davon mit Migrationshintergrund, erreichen zu können. Dabei ergab sich immer wieder das Problem, dass einige nur an Seminaren innerhalb der Bildungsstätte in Neu-Anspach teilnehmen konnten, da sie einen Duldungsstatus hatten und ihnen der Aufenthalt in einem anderen Landkreis durch das Ausländerrecht nicht gestattet war. Ohnehin war für die Mehrzahl dieser Gruppe ihre berufliche und private Zukunft ungewiss, da ihnen als geduldeten Flüchtlingen oder abgelehnten Asylbewerbern mit dem Erreichen der Volljährigkeit die Abschiebung drohte – auch wenn sie selbst und ihre Familie bereits seit vielen Jahren in Deutschland lebten und sie den Großteil ihrer Kindheit und die gesamte Schulzeit hier verbracht hatten. Diese schwierige rechtliche Situation erlaubte ihnen nicht

einmal, einen Ausbildungsplatz anzutreten, wenn ihnen ein solcher, etwa nach einem erfolgreich absolvierten Praktikum, angeboten wurde. Vielmehr wurde ihre Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der sog. „Kettenduldungen“ immer nur um drei bis sechs Monate verlängert, und entsprechend wurde ihnen von der Bundesagentur für Arbeit deshalb keine Arbeitserlaubnis erteilt. Sie befanden sich somit in einem Teufelskreis. Da aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus' ihre gesamte Lebensperspektive in Frage stand, entschieden wir uns, zu diesem Komplex die Seminarreihe „Fremd sein in Deutschland“ zu entwickeln, die um die Themen Abschiebung, Duldung und Bleiberecht zentriert ist. Im Rahmen des Seminars werden seitdem junge Menschen über ihre ausländerrechtliche Situation aufgeklärt, die ihnen in den Einzelheiten selbst

**Im Seminar werden junge Menschen über ihre ausländerrechtliche Situation aufgeklärt, die ihnen in den Einzelheiten selbst manchmal gar nicht bewusst ist**

manchmal gar nicht bewusst ist. Ferner erhalten sie Informationen über die aktuell geführten politischen Debatten zu diesem Thema, und es werden ihnen Möglichkeiten aufgezeigt, selbst aktiv zu werden. Sie führen Interviews mit Politikern

der im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen und mit Passantinnen auf der Straße, um über die fatale Lage geduldeter Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland zu informieren und nach möglichen Auswegen zu suchen. Um diese Zielgruppe adäquat anzusprechen, unterstützen wir die Arbeit bevorzugt mit neuen Medien. In Kleingruppen beschäftigen sich die an dem Seminar teilnehmenden jungen Menschen mit digitaler Photo- und Bildbearbeitung, den eigenen Migrationsgeschichten, oder sie drehen einen Videofilm, in dem es um die Zukunftsperspektiven von Jugendlichen mit Duldung geht, die nicht wissen, wie lange sie noch in Deutschland bleiben dürfen, obwohl sie hier aufgewachsen sind. Am Ende stellen die Jugendlichen die Ergebnisse ihrer Recherchen in Form von Photos, Texten sowie einem Videofilm öffentlich vor. Viele der Teilnehmer erfahren so wichtige Dinge über ihre eigene rechtliche Situation und begegnen erstmalig Politikern, mit denen sie ihre spezielle Problematik besprechen können.

Im Herbst 2006 fand zeitgleich zur Seminarwoche ein Treffen der Länderinnenminister statt, auf dem über eine sogenannte „Altfallregelung“ für die in Deutschland lebenden Ausländer mit Duldungsstatus entschieden werden sollte. Das gab unserer Veranstaltung eine besondere Aktualität. Die Jugendlichen hatten Gelegenheit, den mit dieser

Problematik befassten Mitgliedern des Hessischen Landtags sowie anderen Politikern genau zu diesem Zeitpunkt ihre spezielle Situation als geduldete Ausländer in Deutschland darzustellen und ihnen kritische Fragen nach ihrer Zukunft zu stellen. Dieser Umstand trug dazu bei, dass sich die jungen Menschen als Akteure ernst genommen fühlten. Schließlich gewann man bei den Interviews mit einigen der befragten Politiker/-innen den Eindruck, dass bezüglich der behandelten Thematik Lernerfolge nicht nur auf Seiten der Teilnehmenden zu verzeichnen waren, sondern auch die Politiker neue Einsichten gewinnen konnten.

### Projekt Mixstory (2)

Seit 2005 führt unsere Einrichtung das mediengestützte politische Bildungsprojekt „Mixstory – Fremde unter Fremden“ durch. Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Rhein-Main-Gebiet, fast alle davon mit Migrationshintergrund, die gemeinsam die Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland aufarbeiten und aktuelle politische Fragen diskutieren. Den Zugang dazu erhalten wir durch die am Projekt beteiligten Kooperationspartner: eine Medieneinrichtung, die seit vielen Jahren mit medieninteressierten Jugendlichen aus allen sozialen Milieus arbeitet, einen multikulturellen Jugendtreff – beide aus Frankfurt am Main –, sowie einen Jugendverband, in dem junge Einwanderer/-innen, vornehmlich aus der ehemaligen Sowjetunion, organisiert sind. Mit dem Projekt verbunden ist die Absicht,

- mehrere Migrantengruppen zusammenzuführen, die sich über die Hintergründe ihrer Einwanderung austauschen können;
- sich mit Ressentiments und Vorurteilen kritisch auseinanderzusetzen, die zwischen Deutschen und Ausländern, aber auch unter den Migrant/-innen selbst existieren;
- die Motivation zur aktiven Beteiligung an politischen Prozessen in ihrem Einwanderungsland zu erhöhen;
- über die Bedingungen und Hemmnisse einer gelingenden Integration von Einwanderern zu diskutieren;
- die Medienkompetenz der Teilnehmenden zu erweitern und dafür das Medium Internet zu nutzen.

Jährlich finden mehrere Arbeitstreffen statt, deren Ergebnisse auf der von den Teilnehmenden selbst erstellten Website [www.mixstory.de](http://www.mixstory.de) dokumentiert werden. Darüber hinaus gibt es regelmäßige Pro-



Mediengestützte politische Bildung

jektgruppentreffen, an denen auch die Jugendlichen teilnehmen, die so in die Projektplanung weitgehend eingebunden sind. Als Glücksfall erwies es sich, dass die Gruppe seit inzwischen fast drei Jahren im Wesentlichen stabil ist. Dadurch ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit möglich und gewährleistet, dass die Begrenzungen kurzzeitpädagogisch ausgerichteter politischer Bildungsveranstaltungen vermieden werden können. Zu Beginn eines jedes Jahres verständigen sich die Teilnehmenden gemeinsam mit dem pädagogischen Team über die nächsten im Rahmen des Projekts verfolgten Ziele und Arbeitsschwerpunkte. Außerdem erhalten sie eine Einweisung in die zu nutzenden Medien, in die grundlegenden Techniken zur Erstellung einer Website sowie in ihre Verwendung als kommunikative Plattform. Redaktionsgruppen kümmern sich hauptsächlich um Recherchearbeiten, während andere kleine Teams für die multimediale Fortentwicklung der Website verantwortlich sind. Inhaltlich ging es bislang vor allem um die Darstellung von Migrationsgeschichten aus biographischer Perspektive und um aktuelle politische Streitfragen rund um den Komplex Islam und Politik, lokale Konflikte um den Bau von Moscheen, den Umgang mit rassistischen Zuschreibungen und Vorurteilen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen eines Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland.

So stand im Frühjahr 2006 die Auseinandersetzung mit dem damals aktuellen Thema Einbürgerungstest im Mittelpunkt eines Seminars. Dazu wurden Interviews geführt, ein Film gedreht sowie ein alternativer Einbürgerungsfragebogen entwickelt, der sich dem Thema in satirischer Weise näherte. Im Sommer 2007 standen auf einem Seminar in Berlin die Aufarbeitung des Zuzugs von Türken nach Kreuzberg in den sechziger Jahren des vori-

gen Jahrhunderts und die zweite große Einwanderungswelle von Migranten aus Osteuropa und Aussiedlern, die nach dem Mauerfall zu Beginn der neunziger Jahre einsetzte, auf dem Programm. Es ergaben sich vielfältige Fragen: Wie kam es dazu? Welche Auswirkungen hatte der Fall der Mauer? Wie veränderte sich dadurch der Lebensalltag der Migranten in Berlin? Die unterschiedlichen Betrachtungsweisen unterschiedlicher Migrantengruppen wurden dokumentiert und ein Film erstellt, in dem literarische Texte von *Wladimir Kaminer* und *Feridun Zaimoglu* sowie Interviews mit Deutsch-Russen, Deutsch-Türken und anderen Berlinerinnen verarbeitet wurden: Fühlen diese sich in Kreuzberg in einem Ghetto?

Welche neuen Ängste entstanden seit dem Fall der Mauer, etwa durch das gehäufte öffentliche Auftreten von Rechtsextremisten oder die zunehmenden Vorbehalte der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Moslems? Bei Besuchen im Jüdischen Museum konnten sich die Jugendlichen über die jahrhundertelange Tradition jüdischen Lebens in Deutschland informieren. Außerdem hatten sie während eines Gesprächs mit einem Imam in einer Moschee im Berliner Stadtteil Tempelhof die Gelegenheit, liberale Auslegungen des Islam kennenzulernen und viele ihrer Fragen zum Islam zur Sprache zu bringen.

Auch wenn es sich bei „Mixstory“ um ein eher klassisches Projekt zum Thema Einwanderung handelt, in dem eine Spurensuche zur Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland unternommen wird, so ist es prinzipiell auch für nicht eingewanderte junge Menschen interessant. Dies gilt in jedem Falle für die darin vermittelten medialen und kommunikativen Kompetenzen: die Bearbeitung einer Website, die Produktion eines Videofilms, die Vermittlung von Techniken zur Führung von Interviews und zur Internet-Recherche sowie die öffentliche Präsentation von Arbeitsergebnissen. Doch sind auch die im engeren Sinne migrationspezifischen Schwerpunkte für alle jugendlichen Zielgruppen geeignet, da sie der Erziehung zur Toleranz förderlich sind, der kulturellen Horizonterweiterung dienen und ein voneinander Lernen ermöglichen.

### **Seminarreihen „Generation Wiedervereinigung“ und „Stätten deutscher Geschichte“ (3)**

In den vergangenen Jahren hat sich für die außerschulische politische Jugendbildung die Beschäftigung mit dem Themenkomplex deutsche Geschichte als besondere Herausforderung erwiesen.

Hintergrund dafür sind zum einen das Wiedererstarren rechtsextremistischer Bewegungen im Osten wie im Westen Deutschlands, die inzwischen bis weit über die Ränder hinaus in die jugendkulturellen Milieus diffundiert sind, zum anderen die häufig ritualisierte und erstarrte Beschäftigung mit diesem Thema in der Schule, zum dritten der Umstand, dass für viele junge Menschen die Auseinandersetzung mit den Themen Nationalsozialismus und Holocaust, deutsche Teilung und die Zeit danach nicht eben sehr weit oben auf der Agenda stehen, da sie vermeintlich für ihre jetzige Lebenssituation keine große Rolle mehr spielen. Dies gilt zwar für Eingewanderte wie auch Nicht-Eingewanderte gleichermaßen. Dennoch mag sich bei Ersteren das Vermittlungsproblem („Was hat das mit mir zu tun?“) dringlicher stellen als bei der Gruppe der alteingesessenen Deutschen mit ihren in der Regel längeren und intensiveren diesbezüglichen Sozialisationserfahrungen. Auch hier hat sich das Konzept der Spurensuche als geeignete Methode erwiesen, einen sinnlichen Bezug zur Lebenssituation junger Menschen herzustellen und sie auf diese Weise eng in die Seminararbeit einzubinden. So erhöht sich nicht nur ihre Motivation zur Mitarbeit; durch die Konfrontation mit Geschichte vor Ort verliert diese zugleich ihren hohen Abstraktheitsgrad.

Plötzlich wird auch für Jugendliche die Beschäftigung mit historischem Text- und Bildmaterial wieder attraktiv. Das Gespräch mit Zeitzeugen erlaubt ihnen, Fragen zu stellen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Die Interviews mit Leuten auf der Straße lassen sie selbst zu Akteuren werden, stärken ihr Selbstbewusstsein, eröffnen ihnen neue Einblicke in die Geschichte ihres Aufnahmelandes und werfen zugleich offene Fragen auf, über die dann im Rahmen eines politischen Bildungsseminars diskutiert werden kann.

**Zeithistorische Kenntnisse erlauben insbesondere Eingewanderten, die vielfältigen Besonderheiten und Verstrickungen der deutschen Geschichte besser zu durchschauen**

als Ansporn dienen, sich künftig in gesellschaftliche Prozesse stärker einzumischen, ihre politischen Interessen selbstbewusst zu vertreten und Verantwortung für die Fortentwicklung der demokratischen Kultur in ihrem neuen Heimatland zu übernehmen.

Die dabei erworbenen zeithistorischen Kenntnisse erlauben insbesondere Eingewanderten, die vielfältigen Besonderheiten und Verstrickungen der deutschen Geschichte besser zu durchschauen. Zugleich können sie ihnen

Wir haben zu diesem Themenfeld zwei Seminar-konzepte entwickelt, die an Jugendliche und junge Erwachsene aus Ost und West adressiert sind:

- (a) das Konzept **„Generation Wiedervereinigung“**, das wir in Kooperation mit einem Bildungsträger aus dem Osten Deutschlands, seit 2007 mit mehreren Partnern aus der gesamten Bundesrepublik durchführen. Dabei geht es um die Aufarbeitung der deutschen Teilung, die Auseinandersetzung mit ihren historischen Ursachen und eine kritische Bewertung der Entwicklung seit dem Mauerfall. Auch andere, vielen jungen Menschen bislang weitgehend unbekannt gebliebene zeithistorische Phänomene wie der „Deutsche Herbst“ im Westen und der Überwachungsapparat der Stasi im Osten zählen zu den hier behandelten Themen. Gerade ihnen, die weder die Studentenbewegung in der BRD noch die alltägliche Realität in der DDR miterlebt haben, heute aber immer wieder mit dieser Thematik konfrontiert sind, gilt es u. E., einen differenzierten und kritisch-reflektierten Blick auf die historischen Begebenheiten und Konstellationen zu vermitteln, zumal sie in der medialen Öffentlichkeit oft nur verkürzt und eindimensional dargestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir naturgemäß dem west- bzw. ostdeutschen Blick auf die Dinge, der mitunter beträchtlich differiert, und zumeist die migrationsbedingten Unterschiede in der Betrachtungsweise überlagert.
- (b) Ein zweiter Veranstaltungszyklus trägt den Titel **„Stätten deutscher Geschichte“** und beschäftigt sich mit dem Themenkomplex Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Holocaust und seinen aktuellen Bezügen. Ziel ist die Vermittlung von Kenntnissen zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Bedeutung des Nationalsozialismus für Krieg, Holocaust und deutsche Teilung. Doch auch die Frage nach der aktuellen Bedrohung der bundesrepublikanischen Demokratie durch Armut, soziale Ungleichheit und das Wiedererstarren der NPD stehen auf dem Programm. In diesem Rahmen veranstalten wir u. a. Fahrten nach Nürnberg, Dachau, Buchenwald und Auschwitz, um uns dort auf Spurensuchen zu begeben. In Ergänzung zu den Führungen durch Auschwitz ist außerdem ein Besuch in Krakau vorgesehen, um interessierte Jugendliche und junge Erwachsene zum einen über einen historischen Vorläufer gelungener Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (Krakau) zu informieren, ihnen zum anderen den Zugang zu dem Sym-

bol für das fürchterlichste Scheitern zivilisatorischen Lebens in der Menschheitsgeschichte zu öffnen, das mit dem Namen Auschwitz verbunden ist. Ziel der Gedenkstättenfahrten ist es, junge Menschen mit und ohne Migrationsherkunft auf jene historische Zäsur hinzuweisen, die mit der NS-Diktatur und dem Holocaust verbunden ist, und deren vielfältige Auswirkungen auf das demokratische Verfassungssystem und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen: die Entstehung des Grundgesetzes, das Prinzip der Gewaltenteilung, das Asylrecht, die Freiheitsrechte, das Sozialstaatsgebot und die Politische Bildung überhaupt.



Stätten deutscher Geschichte aufsuchen

**Vier Schlussfolgerungen:**

Resümiert man die obigen Ausführungen, so ergeben sich aus dem Umstand, dass die Bundesrepublik Deutschland zur Einwanderungsgesellschaft geworden ist, für die politische Jugendbildung vier Schlussfolgerungen, über die weiter nachzudenken ist:

1. Migrantinnen und Migranten müssen als neue Zielgruppe der „Politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ anerkannt werden, de-

ren Interessen und Bedürfnislagen nicht länger ignoriert werden dürfen. Wie gezeigt, kann die politische Bildung mit entsprechenden Themenangeboten darauf reagieren.

2. Zugleich aber verfügt diese Gruppe über Potenziale, die ein voneinander Lernen aller Beteiligten ermöglichen. Zu prüfen ist nun, inwieweit diese Erfahrungen von Flucht und/oder Migration für die politische Bildungsarbeit nutzbar zu machen sind. Schärfen sie unter Umständen den kritischen Blick auf gesellschaftliche Missstände und fördern sie die Sensibilität für politische Fehlentwicklungen? Inwieweit bietet sich die Chance, beides in alternative Zugänge einmünden zu lassen?
3. Bezüglich des Umgangs mit deutscher Geschichte stellen sich vor diesem Hintergrund für die politische Bildung neue Herausforderungen und Aufgaben, die gewissermaßen an ihre historische Tradition der „Erziehung zur Demokratie“ nach 1945 anknüpfen: zuallererst die Notwendigkeit, stets aufs Neue die Gründe dafür benennen (zu können), sich kritisch mit den vielfältigen Verwerfungen deutscher Geschichte auseinanderzusetzen – gerade gegenüber jenen Eingewanderten, von denen gleichsam als Eintrittskarte in die bundesrepublikanische Gesellschaft eine Identifikation mit deutscher Geschichte und Kultur erwartet wird. Einer bloßen Historisierung von NS-Diktatur und Stasi-Staat ist gleichermaßen zu widerstehen wie der Verklärung des gegenwärtig in der Bundesrepublik vorherrschenden neoliberalen Politik- und Gesellschaftsmodells als einem alternativlosen. Gerade hier bietet sich für die politische Jugendbildung eine große Chance, ihr demokratisches Selbstverständnis auf die Höhe der Zeit zu bringen.
4. Selbst wenn sich das Ziel jeder politischen Bildung, die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Prozess zu fördern, auf Migranten wie Nicht-Migranten gleichermaßen bezieht, so gilt für Eingewanderte dennoch eine Besonderheit: Partizipation ist häufig die Vorstufe politischer Anerkennung (Wahl- und Bürgerrecht) und damit im Idealfall der Einstieg in die umfassende politische Emanzipation des Individuums in der Einwanderungsgesellschaft.



*Dr. Reiner Hartel ist bei der Alten Schule Anspach als Pädagogischer Mitarbeiter zuständig für den Bereich Politische Bildung. Adresse über die Alte Schule Anspach, Schulstraße 3, 61267 Neu-Anspach.*

*E-Mail: reiner.hartel@basa.de*